

# Grundsatzprogramm der Jungen Union Potsdam-Mittelmark

Oktober 2008

-Es geht um unsere Zukunft -

## Inhalt

### 1. Bildung Seite 2

Grundsätzliches  
Kindergarten  
Schule  
Lehrkräfte  
Stellenwert der Bildung  
Schülerinnen und Schüler  
Hochschulen

### 2. Wirtschaft Seite 3

Ziele  
Maßnahmen  
Mitarbeiterbeteiligung  
Standort Kreis und Land  
Konzerne/Unternehmen

### 3. Arbeit Seite 5

Ausbildung  
Arbeitszeiten  
Ladenöffnungszeiten

### 4. Bevölkerung Seite 6

Demographie  
Rückholprogramme  
Heimatliebe als gesellschaftliches Bindemittel

### 5. Finanzen Seite 6

Leitsatz  
Haushalt  
Steuerautonomie  
Steuersystem

### 6. Rente/Soziales/ Generationengerechtigkeit Seite 7

Gesundheit  
Rente  
Rentenansprüche  
Renteneintrittsalter  
Sozialstaat  
Generationengerechtigkeit

### 7. Umwelt/ Landwirtschaft Seite 8

Unsere Erde  
Energiepolitik  
Landwirtschaft

### 8. Innere Sicherheit Seite 9

Leitsatz  
Polizei  
Rechtsstaat und Extremismus  
Justiz  
Bundeswehr im Inneren

### 9. Zuwanderungspolitik Seite 10

Integration  
Einwanderung  
Kultur/Religion

### 10. Ehe und Familie Seite 11

Leitsatz  
Grundsätzliches  
Kinder

# Präambel

1 **Wir als Junge Union wollen unsere Zukunft selbst mitgestalten und setzen uns deshalb mit den**  
2 **wichtigen Fragen aus Gesellschaft, Wirtschaft und Politik auseinander. Dieses Grundsatzpapier**  
3 **soll Auskunft über unsere Antworten auf diese Fragen geben.**

## 1. Bildung

### Grundsätzliches

4 Bildung ist Länderangelegenheit und soll Länderangelegenheit bleiben. Die  
5 Rahmenbedingungen in Stadt und Land sind verschieden. Daher soll es auch möglich sein,  
6 dass in den Bundesländern verschiedene Schwerpunkte gesetzt werden. Eine bessere  
7 Kooperation über die Landesgrenzen hinweg ist wünschenswert. In diesem Zusammenhang  
8 halten wir bundeseinheitliche Abiturstandards für richtig. Auch in Bezug auf die Hochschulen.  
9 Brandenburg ist hier dank der CDU auf gutem Weg – dieser Weg einer besseren finanziellen  
10 und personellen Ausstattung der Hochschulen muss weitergehen. Eine bessere Abstimmung  
11 der Lehrpläne der Länder aufeinander ist unbedingt wünschenswert – im Interesse der Schüler  
12 und der Eltern.

### Kindergarten

13 Der Kindergarten hat die Aufgabe, die Kinder in Verhalten und Wissen auf die Schule  
14 vorzubereiten. Dazu gehört die spielerische Erlernung von Grundlagen, die in der Schule  
15 unverzichtbar sind – vor allem die deutsche Sprache. Vor der Einschulung, im Alter zwischen  
16 6 und 7, soll ein Sprachtest als Erweiterung zu den üblichen Tests Pflicht werden. Wer diesen  
17 nicht besteht, sollte noch einmal ein Jahr Zeit bekommen, dieses Defizit aufzuarbeiten. Hier  
18 sind die notwendigen Schritte zu ergreifen, etwa eine individuelle Sprachförderung. Das letzte  
19 Kindergartenjahr als Vorschule soll nach unserem Willen für alle Kinder verpflichtend und  
20 kostenlos werden. Kindergärtner sollten ihrer verantwortungsvollen Aufgabe gemäß entlohnt  
21 werden.

### Schule

22 Wir stehen zum 3-gliedrigem Schulsystem. Alle Untersuchungen, ob Pisa oder  
23 Ländervergleiche, zeigen, dass die Bundesländer mit 3-gliedrigem Schulsystem besser  
24 dastehen als die, welche dieses Schulsystem aus ideologischen Gründen abgeschafft haben.  
25 Einheitsschulen lehnen wir ab. Dort wird weder den schwächeren, noch den stärkeren  
26 Schülern ein Gefallen getan. Eine Gruppe hat immer zu leiden. Fördert man die Schwächeren  
27 und erzwingt ein Lernniveau, das sich an diesen schwächeren orientiert, bremst man die  
28 Stärkeren aus. Andersherum werden schwächere Schüler unnötig unter Druck gesetzt. Wir  
29 sprechen wir uns außerdem für das Modell eines Abiturs nach der 12. Klasse aus, um  
30 wettbewerbsfähiger zu werden – nur muss auch dafür gesorgt werden, dass Schüler hier nicht  
31 überfordert werden.

32 Die Klassen müssen verkleinert und der Unterrichtsausfall so gering wie möglich gehalten  
33 werden. In dieses Vorhaben müssen neben den Lehrkräften auch die Eltern und Schüler,  
34 sowie die Wirtschaft miteinbezogen werden. Ratschläge für einen zukunftsorientierten  
35 Unterricht sollten immer willkommen sein. Wir sprechen uns für individuelle Förderung  
36 schwächerer Schüler aus. Beim Lehrplan selbst sollten Mathematik und Deutsch sowie  
37 Englisch einen ihrer Bedeutung entsprechenden Raum einnehmen. Förderunterricht  
38 anzubieten sollte hier eine Selbstverständlichkeit für jede Schule sein.  
39 Je nach Bedarf sollte es die Möglichkeit zum Besuch von unverblichenden Ganztagschulen  
40 geben.

1 In der demographischen Situation in der wir uns befinden und die sich verstärkt, verlieren die  
2 äußeren Regionen unseres Landes und unseres Kreises immer mehr Menschen, während im  
3 so genannten Speckgürtel um Berlin die Bevölkerung wächst. Das darf aber nicht dazu führen,  
4 dass wir rigoros die Schulen auf dem Land schließen und den Wegzugseffekt damit  
5 verstärken. Kleine Klassen müssen erlaubt sein und sind sogar sinnvoll – ist absehbar, dass  
6 sich die Schülerzahl stabilisiert, muss eine Schule unbedingt erhalten werden. Lange  
7 Schulwege sind im Interesse der Schüler und der Eltern unbedingt zu vermeiden.

8 Die Attraktivität des Lehrerberufes sollte gerade für Männer erhöht werden – ein Anteil von  
9 Frauen im Lehrkörper von bis zu 80% führt zu einem einseitigen Unterrichts- und Lehransatz.  
10 Auch sollte der Beruf des Lehrers nicht als typisch weiblich gelten – ein möglichst  
11 ausgeglichenes Verhältnis muss hier angestrebt werden.

12 Angesichts großer Defizite in diesen Bereichen wäre eine nach Möglichkeit stärkere  
13 Fokussierung auf grundlegende Fächer wie Deutsch, Mathematik und Englisch für das spätere  
14 Berufsleben wichtig. Bildung im Bereich der Online-Arbeit findet kaum statt: zur Förderung  
15 der unabdingbaren multimedialen Kompetenz sollten allerdings einige Kurse mit vermehrter  
16 Online-Begleitung angeboten werden. Auch sollten die Kopfnoten beibehalten und mit den  
17 Noten 1-6, bzw. 15-0 Punkten an die sonstige Leistungsbewertung angepasst werden. Die  
18 Schulleiter sollten dazu angehalten werden, die gerade von EU-Ebene kommenden  
19 Förderprogramme für ihre Schulen und eine bessere materielle Ausstattung zu nutzen. Das  
20 Schulesen ist mehr als nur ein zusätzliches Angebot der Bildungseinrichtung: es ist zumeist  
21 Grundlage dafür, den Tag konzentriert zu überstehen. Wir setzen uns daher für ein möglichst  
22 billiges, nach Möglichkeit kostenloses Schulesen ein, dass jedem Kind im Sinne der Leitlinien  
23 der Union dieselben Chancen auch beim Lernen ermöglichen sollen.

### **Lehrkräfte**

24 Die Lehrer tragen als Vorbilder und Wissensvermittler eine besondere Verantwortung. Sie sind  
25 als Pädagogen, egal in welcher Schulform, dafür verantwortlich, die Schulkinder auf das  
26 Leben vorzubereiten. Sie sind auch eine Erziehungsergänzung. Zwar findet die  
27 Haupterziehung in der Familie statt, doch die Schule ist für die Sozialisierung unerlässlich.  
28 Jede Lehrkraft soll nach unserem Willen in unregelmäßigen Abständen von externen Prüfern  
29 auf die Leistungsfähigkeit und Eignung überprüft werden. Fortbildungen sollen zur  
30 Pflichtaufgabe werden. Damit der Unterricht Spaß macht und modern bleibt, sollten die  
31 Unterrichtsformen ständig auf den Prüfstand.

### **Stellenwert der Bildung**

32 Die Bildung muss als staatl. Hoheitsaufgabe gesehen werden. Die Leistungsfähigkeit und  
33 Intelligenz seiner Bürger sind für ein rohstoffarmes Land wie Brandenburg von  
34 entscheidender Bedeutung. Die Kommunen müssen für intakte Schulen sorgen. Schulen  
35 sollten selbstständig nach Partnern in der Wirtschaft suchen und zu unterrichtsspezifischen  
36 Themen Vorträge halten lassen. Wirtschaft und Recht sind im Unterricht gar nicht oder  
37 marginalisiert vorhanden, obwohl beide Bereiche für jeden essentiell wichtig sind – Steuern  
38 und Rechte und Pflichten sollten daher auch in der Schule behandelt werden. Der Politik-  
39 Unterricht sollte frühzeitig angeboten und für mindestens zwei Jahre verbindlich sein.

### **Schülerinnen und Schüler**

40 Die Schule muss Spaß machen, doch der Unterricht darf nicht zur Spielwiese werden. Dieser  
41 Anspruch muss auch durch die Autoritätsperson des Lehrers garantiert werden, der klare  
42 Befugnisse haben und nicht bei der Benotung das Wohlwollen der Eltern im Auge behalten  
43 muss. Autorität bedeutet nicht Rohrstock – es bedeutet aber eine deutliche Abkehr vom  
44 laissez-faire Schulsystem der linken Ideologen. Freizeitaktivitäten sollten auch weiterhin in  
45 ausreichendem Maße losgelöst von schulischer Aktivität möglich sein.

## Hochschulen

1 Wir sprechen uns für allgemeine Studiengebühren bei Überschreitung der Regelstudienzeit  
2 aus – diese Studiengebühren müssen sozial gerecht sein. Das bedeutet, dass das Stipendien-  
3 System ausgebaut werden soll und sozialschwache Studenten günstige Kredite erhalten  
4 müssen. Ausländische Studierende sollten allerdings von vornherein Studiengebühren  
5 entrichten müssen, da auch Deutsche Studenten dies in der Regeln im Ausland tun müssen.  
6 Die Gebühren sollten ausschließlich den Hochschulen und der Lehre zufließen.  
7 In unseren Augen muss die Zentrale-Vergabe-Stelle (ZVS) abgeschafft werden. Studienwillige  
8 müssen sich direkt bei den Hochschulen bewerben. Ein Recht auf einen Studienplatz gibt es  
9 nicht. Eine bessere Koordinierung der Hochschulen bei der Vergabe von Studienplätzen ist im  
10 Lichte der Doppel- und Dreifachbelegung von Studienplätzen notwendig.  
11 Das Studium wird von uns als Zukunftsinvestition definiert.

## 2. Wirtschaft

### Ziele

12 Das Ziel ist eine wachstumsorientierte Politik. Dieses Wachstum darf allerdings nicht auf  
13 Kosten der Umwelt gehen, daher sprechen wir uns für eine ökologische Komponente in der  
14 sozialen Marktwirtschaft aus. Aufgabe der Politik ist es, auf veränderte Rahmenbedingungen  
15 zu reagieren, um Betriebsverlagerungen ins Ausland, das so genannte Outsourcing zu  
16 verhindern. Brandenburg muss alle gesetzeskonformen Maßnahmen ausschöpfen, um die  
17 heimische Wirtschaft zu stärken und zu schützen – dies muss eine vornehmliche Aufgabe  
18 sein. Privat geht grundsätzlich vor Staat – nur in bestimmten Bereichen darf der Staat  
19 überlebenswichtige Bereiche nicht aus der Hand geben – z.B. die Wasserversorgung kann als  
20 öffentliches Gut nur in öffentlicher Hand bleiben.

### Maßnahmen

21 Die Wirtschaft muss sich in erster Linie an anderen Binnenmärkten orientieren. Konkret muss  
22 die deutsche Politik endlich den Bürokratieabbau vorantreiben und die Möglichkeit der  
23 Vereinbarung von Abfindungen zulassen. Wir sprechen uns für die Abschaffung des  
24 Flächentarifvertrages aus. In einer globalisierten Welt muss flexibel reagiert werden, auch  
25 müssen die Arbeitnehmer dann am Unternehmen beteiligt werden, wenn es sich lohnt. Daher  
26 sind wir für die Einführung des Investivlohns. Betriebliche Bündnisse für Arbeit werden in der  
27 Zukunft immer wichtiger werden. Diese sind ein gutes Instrument, um weniger  
28 gewerkschaftliche Fremdbestimmung in den Betrieben zu erreichen. Es bringt den  
29 Arbeitnehmern mehr, wenn sie selbst über sich und das Unternehmen mitbestimmen dürfen,  
30 als die Anweisungen aus der Gewerkschaftszentrale befolgen zu müssen. In vielen  
31 europäischen Ländern ist die Mitbestimmung weniger stark ausgeprägt als in Deutschland.

32 Durch eine Reform der Sozialsysteme soll es zu einer Senkung der Lohn-Zusatzkosten  
33 kommen. Mit Steuergeschenken für Großkonzerne muss Schluss sein. Stattdessen muss der  
34 Mittelstand, das Rückgrad der deutschen Wirtschaft, in den Mittelpunkt gerückt werden. Der  
35 Satz "Wettbewerb belebt das Geschäft" ist der Grundgedanke der Marktwirtschaft. Durch eine  
36 gezielte Zerschlagung von Monopolen kann dies erreicht werden. Die Vererbung von  
37 Unternehmen muss bei fünfjähriger Weiterführung des Unternehmens steuerfrei bleiben, um  
38 diese gerade beim Mittelstand ungefährdet zu erhalten.

### Mitarbeiterbeteiligung

39 Die Mitarbeiterbeteiligung ist unbedingt zu begrüßen. Ein Angestellter, der anteilmäßig am  
40 Unternehmen beteiligt ist und an Vermögen gewinnt, wenn der Unternehmenswert zunimmt,  
41 wird engagierter und fleißiger arbeiten. Auch können bei ausreichender Anzahl von am  
42 Unternehmen beteiligten Angestellten diese den Kurs des Unternehmens mit lenken. Das  
43 Aktienpaket muss aber jederzeit veräußerbar sein und darf nicht als Ersatz für eine der

1 Inflation angepasste Lohnsteigerung erhalten. Ziel ist es nicht nur, die Bindung der  
2 Angestellten an das Unternehmen und die Bindung der Unternehmen an die Angestellten zu  
3 fördern: auch der Vermögensaufbau des Angestellten sollte so gefördert werden.

### **Standort Kreis und Land**

4 Brandenburg ist ein wirtschaftlich zunehmend starkes Bundesland mit wachsendem Potential  
5 – auch dank der Arbeit der CDU. Gerade Firmenansiedlungen müssen schneller und  
6 unbürokratischer behandelt werden. Die Stärke unseres Landes liegt vor allem bei neuen  
7 Technologien wie den erneuerbaren Energien, bei Solarzellenfabrikansiedlung und in  
8 mittelständischen Handwerks- und Produktionsbetrieben. Die Förderung des Landes sollte  
9 dementsprechend auf die Regionalzentren konzentriert werden. Potsdam-Mittelmark ist durch  
10 seine Nähe zu Berlin und Potsdam in einer hervorragenden Situation – der Kreistag, die  
11 Gemeinden und das Land sollten gerade in diesem Kreis die vorhanden Betriebe fördern und  
12 neue Unternehmen gezielt für den Standort anwerben und unterstützen, damit Potsdam-  
13 Mittelmark eine starke wirtschaftliche Stütze Brandenburgs bleiben kann.

### **Konzerne/ Unternehmen**

14 Jedes Unternehmen hat eine soziale Verantwortung gegenüber seinen Mitarbeitern.  
15 Massenentlassungen bei Rekordgewinnen sind unmoralisch und werden von uns abgelehnt.  
16 Jeder Manager und Vorstandsvorsitzende muss sich seiner Verantwortung gegenüber Gott,  
17 den Menschen und der Natur bewusst sein – Pleiten müssen sich auf das Gehalt auswirken  
18 und dürfen nicht durch Abfindungen entlohnt werden – dies ist unsozial und treibt den  
19 Populisten Wählern zu.  
20 Die Arbeitnehmer müssen mehr Mitgestaltungsspielräume erhalten, um sich besser mit dem  
21 Unternehmen zu identifizieren.

## **3. Arbeit**

### **Ausbildung**

22 Die Ausbildungssituation in Brandenburg und im Kreis hat sich verbessert, ist aber noch nicht  
23 zufrieden stellend. Anders als früher muss sich nun unser Augenmerk von der Schaffung von  
24 Ausbildungsstellen mehr zu der Vernetzung bewegen. Vorhandene Ausbildungsplätze werden  
25 oft nicht wahrgenommen, die Ausbildungsfähigen nicht gezielt angesprochen. Hier kann und  
26 müssen die CDU und die JU etwas verändern, um frühzeitig an den Schulen über die  
27 Möglichkeiten in der Umgebung zu informieren und die Abwanderung zu stoppen.

28 Kein Betrieb kann allerdings zur Ausbildung gezwungen werden. Im Interesse eines jeden  
29 Unternehmens sind die Qualifizierung der eigenen Mitarbeiter sowie die Ausbildung von  
30 Nachwuchs. Auch hier muss der Bürokratieabbau vorangetrieben werden.

### **Arbeitszeiten**

31 Das Ziel ist die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschlands. Dazu gehört auch eine  
32 flexible und individuelle Gestaltung der Arbeitszeiten. Auch hierfür ist die Abschaffung des  
33 Flächentarifvertrages nötig.

### **Ladenöffnungszeiten**

34 Wir sprechen uns dafür aus, die Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag frei zu geben.  
35 Allerdings muss der Sonntag als Ruhetag erhalten bleiben. Vor allem auf Familien muss  
36 geachtet werden.

## **4. Bevölkerung**

### **Demographie**

1 Unser Kreis Potsdam-Mittelmark hat ein ähnliches Problem wie das Land: in den peripheren  
2 Regionen nimmt die Bevölkerung zum Teil drastisch ab, im Berlin-nahen Raum, dem so  
3 genannten Speckgürtel nimmt sie dagegen zu. Dies führt zu einem starken Gegensatz von  
4 beinahe leeren im Gegensatz zu dicht besiedelten Räumen. Momentan leben in Potsdam-  
5 Mittelmark über 203.000 Menschen auf einer Fläche größer als das Saarland. Es ist eine  
6 vornehmliche Aufgabe des Kreises, die äußeren Regionen nicht zu vernachlässigen ohne  
7 dabei zu vergessen, dass dicht besiedelte Räume eine verstärkte Investition in die  
8 Infrastruktur benötigen. Hier einen Ausgleich zu finden der den Wegzug einerseits gering und  
9 den Zuzug aus Berlin hoch hält ist unabdingbar und unbedingt unterstützenswert.

### **Rückholprogramme**

10 Wir von der Jungen Union Potsdam-Mittelmark halten es für wichtig, aus der gelungenen  
11 Arbeit anderer zu lernen. In benachbarten Ländern gibt es Rückholprogramme für  
12 abgewanderte Landeskinder: diesen werden Pakete geschickt, die mit Bildern, Geschichten,  
13 Materialien und anderen Dingen an die Heimat erinnern – mit Erfolg: es gibt viele, die positiv  
14 auf solche Maßnahmen reagieren und angeregt werden, wieder nach hause zurückzukehren.  
15 Wir wissen, dass sie dazu aber hier Arbeit finden müssen – eine gute Wirtschaftspolitik ist da  
16 notwendig. Dieses Programm sollte dennoch so schnell wie möglich begonnen werden, da  
17 der Wettbewerb um Jugend und Arbeitskräfte innerhalb Deutschlands immer intensiver wird.  
18 Statistiken, wonach beinahe dreiviertel aller Abgewanderten wieder nach hause wollen geben  
19 uns recht.

### **Heimatliebe als gesellschaftliches Bindemittel**

20 Potsdam-Mittelmark ist unsere Heimat und unser zu hause. Deshalb müssen wir alles dafür  
21 tun, um diese Heimat lebenswert, liebenswert und leistungsstark zu erhalten. Die Verbindung  
22 zum eigenen Zuhause, an den Kreis und an das Land ist ein wichtiges gesellschaftliches  
23 Bindemittel – gerade in Zeiten der Globalisierung und der gesellschaftlichen Unsicherheit  
24 wächst diese Bedeutung weiter. Wir von der Jungen Union setzen uns deshalb beispielsweise  
25 dafür ein, dass unsere Brandenburger Hymne nicht wie von den Linken gefordert verboten  
26 wird – sie gehörte und gehört zu unserem Land und zu uns und darf nicht aufgrund  
27 ideologischer Unsinnigkeiten verunglimpft werden.

## **5. Finanzen**

### **Leitsatz**

28 „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.“

### **Haushalt**

29 Wir fordern einen ausgeglichenen Haushalt auf allen Ebenen. In Potsdam-Mittelmark ist das  
30 gelungen, hier kann der Schuldenabbau beginnen. Auf Landesebene ist hier noch viel zu tun.  
31 Die Schuldenpolitik auf Kosten der jungen Generation muss ein Ende haben, da die Schulden  
32 von heute die Steuern von morgen sind. Die Nettokreditaufnahme sollte so schnell wie  
33 möglich auf null heruntergefahren und mittelfristig dort gehalten werden. Langfristig müssen  
34 dann die Schulden abgebaut werden. Zur Generationengerechtigkeit gehört es, dass man  
35 nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt. Damit die Konsolidierungspolitik auch mit

1 vollem Herzen betrieben wird, muss ein Verschuldungsverbot in die Landesverfassung  
2 aufgenommen werden –mit Ausnahmen nur in Notsituationen.  
3 Mit betriebswirtschaftlichen Elementen muss dafür gesorgt werden, dass die Finanzpolitik  
4 effizienter wird. Der Bürger darf nicht den Eindruck haben, als sei die Politik nicht  
5 transparent, solide oder ehrlich.  
6 Um diese Ziele zu erreichen, spricht sich die JU PM für eine Überprüfung aller staatl.  
7 Ausgaben und Aufgaben aus – gerade die Union kann hier unserem Land helfen – doch dafür  
8 braucht es auch den Druck aus der Jugend.

## **Steuerautonomie**

9 Bund, Länder und Kommunen müssen klare Regeln für die Steuerautonomie erhalten. Im  
10 Rahmen der Föderalismusreform 2 sprechen wir uns für eine weitgehende Entflechtung der  
11 Finanzpolitik aus. Die Bundesländer und die Kommunen sollen mehr Steuern bekommen,  
12 deren Verwendung sie eigenständig festlegen können.

## **Steuersystem**

13 Das Ziel muss ein radikal vereinfachtes Steuersystem sein. Sinnlose Ausnahmetatbestände  
14 sind ersatzlos zu streichen. Eine Entlastung der Bürger ist wünschenswert, allerdings hat das  
15 Schuldenverbot und die Zurückzahlung von Krediten Vorrang.

# **6. Rente/Soziales/Generationengerechtigkeit**

## **Gesundheit**

16 Die Ärzteversorgung auf dem Land muss sichergestellt werden: gerade ältere Menschen  
17 können weder weit fahren, noch lange auf einen Arzt warten. Sollte diese Versorgung  
18 temporär nicht sichergestellt werden können, ist die bewährte Idee einer Gemeindegewerkschaft  
19 unbedingt zu unterstützen.  
20 Der Wettbewerb zwischen privaten Krankenversicherungen sollte weiter gestärkt werden.  
21 Die Vorsorgeuntersuchung für Babys und Kleinkinder muss unbedingt kostenlos beibehalten werden.  
22 Gesunde Kinder müssen dem Staat diese Vorsorgeuntersuchung wert sein.

## **Rente**

23 Auf Grund des demographischen Wandels ist bereits heute absehbar, dass die private  
24 Altersvorsorge immer wichtiger wird. Sie muss daher auch von staatl. Seite konsequent  
25 gefördert werden. Für die junge Generation wird das bestehende Umlagesystem keine  
26 angemessene Versorgung bieten können. Daher müssen weitere Säulen eingeführt werden.  
27 Neben der Betriebsrente und der privaten Vorsorge ist dies vor allem ein kapitalgedecktes  
28 Rentensystem.  
29 In Zukunft wird der Staat nur noch eine Grundrente bieten können. Diese sollte  
30 steuerfinanziert sein. Es ist die Aufgabe eines jeden Bürgers selbstständig für das Alter  
31 vorzusorgen –er muss dazu aber auch die Informationen und die Chance erhalten. Der Staat  
32 darf dies nicht vorschreiben, muss aber entsprechende Angebote, auch an sozial Schwache,  
33 machen. Eine Grundrente auf Sozialhilfeniveau sichert das Überleben, private Vorsorge,  
34 betriebliche Renten, sowie ein möglicher Kapitalstock bessern diese auf. Auch eine Förderung  
35 zum Bau von Eigenheimen kann im Alter vor Armut schützen.

## **Rentenansprüche**

36 Die Rentner haben hart für ihre Altersversorgung gearbeitet. Die Aufschwungzeiten  
37 Deutschlands unter Konrad Adenauer und Ludwig Erhard gehen maßgeblich auch auf ihr  
38 Konto. Bestehende Rentenansprüche dürfen daher nicht angetastet werden. Obwohl die

1 Pensionsforderungen, die auf unser Land zukommen, gewaltig sind, sollten diese auch nach  
2 Möglichkeit in jedem Fall gezahlt werden.  
3 Der Grundsatz muss heißen, dass die ältere Generation so versorgt wird, wie wir es uns  
4 später selbst wünschen.

### **Renteneintrittsalter**

5 Heute treten viele Menschen später in den Beruf ein und leben länger. Dies führt zu einem  
6 Finanzierungsproblem der Rentenkasse. Daher ist es finanziell unerlässlich, das  
7 Renteneintrittsalter, soweit zumutbar, dynamisch ansteigen zu lassen. Für bestimmte  
8 Branchen sollte es allerdings Ausnahmeregelungen geben – insbesondere die körperlich sehr  
9 belastenden Berufe sind hier zu nennen.  
10 Oftmals sind ältere Arbeitnehmer in den Betrieben unerlässlich, dieses darf nicht ungenutzt  
11 bleiben – gerade in Brandenburg und Potsdam-Mittelmark gibt es ein großes Potential an gut  
12 ausgebildeten und arbeitsamen älteren Menschen.  
13 Auch deshalb müssen die Frühverrentungssysteme reduziert werden. Sie sind schlicht nicht  
14 mehr bezahlbar. Gerade auf unser Land Brandenburg kommen Pensionsforderungen in kaum  
15 bezahlbarer Höhe zu.

### **Sozialstaat**

16 Der Sozialstaat muss reformiert werden, um auch in Zukunft noch bezahlbar zu sein. Vor  
17 allem muss er für Arme, Kranke, Schwache und Hilfsbedürftige leistungsfähig sein. Solidarität  
18 und Gerechtigkeit sind die Schlagworte des Sozialstaates. Doch um dies aufrecht zu erhalten,  
19 müssen Strukturreformen her. Die Lohn-Nebenkosten müssen sinken und der  
20 demographische Wandel stellt nicht nur die Rentenkasse, sondern auch die  
21 Pflegeversicherung vor schwere Aufgaben.  
22 Hier müssen Expertenkommissionen ihre Vorstellungen einbringen können. Die Politik darf  
23 sich diesem Problem nicht mit dem Hinweis auf Wahltermine und Umfragen entziehen. Die  
24 CDU und insbesondere die Junge Union stehen hier in besonderer Verantwortung.

### **Generationengerechtigkeit**

25 Zu einem guten Miteinander in der Gesellschaft gehört auch der faire Umgang der  
26 Generationen miteinander. Nicht nur in der Renten- oder Finanzpolitik kann es zu  
27 Spannungen kommen, sondern auch die Bevorzugung einer Generation ist gefährlich. Es  
28 muss zu einem Interessenausgleich kommen, der nicht die Älteren oder die Jüngeren vor  
29 den Kopf stößt, sondern zu einem harmonischen Zusammenleben beiträgt.

## **7. Umwelt/Landwirtschaft**

### **Unsere Erde**

30 Der Mensch ist verpflichtet verantwortungsbewusst mit seiner Umwelt umzugehen. Die  
31 natürliche Lebensgrundlage für Mensch und Tier muss erhalten bleiben. Dafür tritt die JU PM  
32 ein.  
33 Um dies zu erreichen, muss die Forschung nach umweltschonenden Technologien  
34 ausgeweitet werden. Auch der Ausstoß von CO<sub>2</sub> muss abgebaut werden. Die Versuchsanlagen  
35 von Vattenfall in unserem Land sind daher zu begrüßen.  
36 Im Bezug auf den Klimawandel lehnen wir allerdings Panikmache ab.

### **Energiepolitik**

37 Für die Menschheit ist die Energie von zentraler Bedeutung. Ob in der Wirtschaft, im Haushalt,  
38 überall sind wir auf Strom und Energie angewiesen. Unsere Energieversorgung muss daher  
39 sichergestellt sein. Sie gehört zu dem Bereich, in dem ein Land selbstständig sein muss.  
40 Daher ist ein ausgewogener Energiemix unerlässlich. Erneuerbare Energien wie auch die  
41 Kernfusion sind die Zukunft, doch auch sie sind noch lange nicht ausreichend erforscht und



1 betriebsbereit. Als Standort für solche Projekte eignen sich unser Land und unser Kreis mit  
2 der großen Fläche und der hervorragenden geographischen Lage sowie den im  
3 Bundesdeutschen Vergleich günstigen Lohnkosten im Besonderen.  
4 Wenn wir es mit der CO<sub>2</sub>-Reduzierung und einer Sicherstellung der Energieversorgung ernst  
5 meinen, darf man nicht vorzeitig aus der Atomkraft aussteigen. Diese ist klimafreundlich,  
6 Uran gibt es in gesellschaftlich und staatspolitisch sicheren Regionen der Erde und  
7 Kernkraftwerke können im Inland betrieben werden. Als kostengünstige Energiequelle ist die  
8 Atomkraft daher als Übergangstechnologie unersetzlich, schon um nicht 2014 in eine  
9 Energiekrise zu geraten, in der wir entweder zu wenig Energie haben und Industrie und  
10 Privathaushalte nicht versorgen können, oder aus dem Osten Europas unsichere Energie teuer  
11 importieren müssen.

12 Unser Land verfügt zudem über Kohlevorkommen: diese klimafreundlich durch bei uns  
13 erforschte Technologien einzusetzen ist ebenso das Gebot der Stunde.  
14 Eine hohe Energieabhängigkeit von unberechenbaren Staaten lehnen wir in Übereinstimmung  
15 mit der Jungen Union Deutschlands geschlossen ab. Auch dies wäre eine Folge des verfrühten  
16 Atomausstiegs.

## **Landwirtschaft**

17 Die Landwirtschaft stellt in unserem Land Brandenburg und in unserem Kreis Potsdam-  
18 Mittelmark einen wichtigen Faktor dar. In erster Linie stellt sie die Ernährung der Bevölkerung  
19 sicher. Des Weiteren ist sie für den Umweltschutz und die Bindung an das Land und die  
20 Heimat enorm wichtig. Auch in kultureller und sozialer Hinsicht ist die Landwirtschaft  
21 bedeutend.  
22 Wir sprechen uns auch in diesem Sektor für eine Entbürokratisierung aus. Es kann nicht sein,  
23 dass der Landwirt zeitlich bemessen länger Formulare ausfüllt, als sein Feld zu bestellen. Die  
24 Ökosteuer ist auch für die Landwirtschaft schädlich, wir sprechen uns daher für die Befreiung  
25 der Landwirtschaft von dieser aus.  
26 Da die Sicherstellung der Nahrungsversorgung und der Umweltschutz für ein Volk von großer  
27 Bedeutung sind, müssen auch weiterhin Agrarsubventionen gezahlt werden. Eine Schwächung  
28 des Agrarstandortes Brandenburg und Deutschland ist unbedingt abzulehnen. Die Förderung  
29 muss allerdings standort- und umgebungsgebunden und muss im Sinne einer sich lohnenden  
30 Kosten-Nutzenrechnung sein.

## **8. Innere Sicherheit**

### **Leitsatz**

31 "Ein Staat, der die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr garantieren kann, verliert sein  
32 Existenzrecht."

### **Polizei**

33 Es braucht in unserem großen Flächenland genug Sicherheitskräfte, um der Bevölkerung ein  
34 Gefühl der Sicherheit zu vermitteln und vor Ort tatsächlich die Gefahrenabwehr und  
35 Verbrechensverfolgung sicherstellen zu können.  
36 Polizeikräfte sind für die Ordnung im Land zuständig. Daher müssen sie unserer Meinung  
37 nach auch mit den neuesten technischen Mitteln ausgestattet werden – gerade beim  
38 Polizeifunk gab es bisher Defizite. Diese Möglichkeiten zur Verbesserung müssen nach  
39 Haushaltslage voll ausgeschöpft werden dürfen. Die veraltete Infrastruktur der Polizei, etwa  
40 an früheren Bevölkerungszahlen ausgerichtete Reviere, das veraltete Funknetz und Anderes  
41 sind schädlich für das Ansehen unseres Landes bei den Bürgern. Während in anderen Ländern  
42 ein Polizist eine Respektsperson mit weiten Betätigungsfeldern ist, wird er in Deutschland  
43 leider viel zu oft missachtet, ausgebremst oder mutwillig gewalttätig angegangen. Auch vor  
44 tätlichen Übergriffen ist ein Polizeibeamter nicht mehr sicher. Daher müssen die Rechte der

1 Polizisten überprüft und gegebenenfalls erweitert und die Tätigkeit angemessen vergütet  
2 werden.

## **Rechtsstaat und Extremismus**

3 Es muss klar der Opfer- vor dem Täterschutz stehen. Im Zweifel muss der Sicherheit daher  
4 Vorrang eingeräumt werden und die Sicherheitsverwahrung darf nicht die ultima ratio sein.  
5 Wir sind der Auffassung, dass Kriminellen mit einer "Null Toleranz"-Strategie begegnet  
6 werden muss. Jede Straftat hat einen Täter und auch ein Opfer. Im Sinne des Rechtsstaats  
7 darf dem Täter nicht mit übermäßiger Toleranz begegnet werden.

8 Für uns heißt aus der Geschichte lernen, dass wir uns gegen jede Form von Extremismus  
9 engagieren. Sowohl gegen den Linksextremismus als auch gegen den Rechtsextremismus  
10 oder den religiösen Fanatismus muss das Land und muss die Union vorgehen. Mit Aufklärung  
11 auch an den Schulen muss dafür gesorgt werden, dass extremistische Parteien eine nur so  
12 geringe Akzeptanz wie möglich erzielen. Die Werte der Linkspartei, der NPD und der DVU  
13 zeigen die Dringlichkeit dieses Problems.

## **Justiz**

14 In einem demokratischen Rechtsstaat ist es nötig, dass das Volk zu ihren Juristen Vertrauen  
15 hat. Daher müssen auch die Gerichte mithelfen, dass das Internet nicht zum rechtsfreien  
16 Raum oder gar zur Spielwiese Krimineller wird. Das Gewaltmonopol des Staates muss auch  
17 dort gelten.

18 In unseren Augen müssen die Gesetze voll ausgeschöpft werden. Auch darf es zu keiner  
19 Bagatellisierung von Kleinkriminalität kommen. Diebstahl, Drogendelikte oder  
20 Körperverletzung sind keine Kavaliersdelikte. Unsere Lage im Land Brandenburg und in  
21 Potsdam-Mittelmark hat sich über Jahre verbessert bis zum Fall der Schengen-Grenze. Jetzt  
22 muss die Lage neu überprüft werden.

## **9. Zuwanderungspolitik**

### **Integration**

23 Damit die Integration der Zuwanderer in unserem Land gelingt, muss der Staat sich die  
24 Zuwanderer aussuchen und die Zuwanderung begrenzen, damit eine gelungene Integration  
25 gewährleistet werden kann. Unserer Meinung nach sind für die Integration folgende Dinge  
26 notwendig: Die Bereitschaft der Migranten zur Integration in die deutsche Gesellschaft, ein  
27 Grundvokabular, um sich in Deutschland verständigen zu können, was auch für einen  
28 Arbeitsplatz notwendig ist, die Bereitschaft gegebenenfalls Sprachkurse zu besuchen, sowie  
29 die Anerkennung der Gesetze und Regeln in der Bundesrepublik Deutschland ist unabdingbar  
30 – hierzu zählt auch die Achtung und Verinnerlichung des Grundgesetzes.

31 Die bisherige Integrationspolitik, allem voran die linke "Multi-Kulti"-Ideologie, ist gescheitert.  
32 Dadurch haben sich Parallelgesellschaften gebildet, in denen es zu keiner Eingliederung in  
33 die Gesellschaft kommt und aus denen heraus Gefahren für unsere Gesellschaft erwachsen.  
34 Brandenburg wie auch Potsdam-Mittelmark haben mit ca. 5% nur wenige Migranten und  
35 Ausländer – dennoch sollten wir diese fördern und fordern. Das Geben und Nehmen muss  
36 funktionieren. Zur Integration gehört auch die Anerkennung unserer Werte. Die christlich-  
37 abendländische Kultur muss erhalten bleiben und darf als Fundament unserer Gesellschaft,  
38 Kultur und Zivilisation nicht in Frage gestellt werden.

### **Einbürgerung**

39 Ein Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft darf nur gewährt werden, wenn alle geforderten  
40 Voraussetzungen für die Integration erfüllt sind – Notaufnahmen von in ihren Ländern mit  
41 dem Tode bedrohten Menschen müssen allerdings anders bewertet werden. Die  
42 Staatsbürgerschaft ist ein hohes Gut. Genau so muss es auch behandelt werden.

1 Um die Fähigkeiten und Gesinnungen der Zuwanderer zu hinterfragen, sprechen wir uns für  
2 ein Einbürgerungsleitfaden in Brandenburg aus. Dieser muss deutschlandweit eingeführt  
3 werden und auch Einbürgerungsgespräche müssen Pflicht werden. Grundsätzlich müssen uns  
4 arbeits- und integrationswillige Zuwanderer herzlich willkommen sein. Historisch war unsere  
5 Region lange ein Zuwanderungsraum, unter anderem durch das Edikt von Potsdam.

## **Kultur/Religion**

6 Unser Land und unser Kreis liegen geographisch in der Mitte Europas. Diese gründet sich auf  
7 einer christlich-jüdischen Kultur, welche weit zurückreicht.  
8 Im Grundgesetz ist das Recht auf Religionsfreiheit garantiert – gerade bei uns im Land und im  
9 Kreis gilt das Wort Friedrich des Großen: „Es solle jeder nach seiner Facon selig werden.“ Die  
10 Brandenburger sind seit der DDR-Zeit zum überwiegenden Teil keine stark konfessionell  
11 gebundenen Menschen – dennoch müssen die christlichen Kirchen als gesellschaftliches  
12 Bindemittel und kulturelle Wurzel in unserem Kreis und Land gefördert werden. Das  
13 Christliche Menschenbild steht schließlich im Mittelpunkt unserer Weltanschauung.

## **10. Ehe und Familie**

### **Leitsatz**

14 In vielen hundert Jahren wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen sind Ehe und  
15 Familie die Keimzelle unseres Zusammenlebens geblieben. Als kleinster Kern der  
16 Gesellschaft, als Rückzugsort und Quelle der Kraft ist sie unersetzlich. Die Familie bereitet  
17 Kinder in ihrer Erziehungsfunktion auf das gesellschaftliche Leben vor und sorgt für die  
18 Entwicklung zu Persönlichkeiten. Diese Erziehungsfunktion, die elementar wichtig ist, kann  
19 nur von einer intakten Familie gewährleistet werden. Die Grundlage für eine gesunde Familie  
20 ist und bleibt die Ehe zwischen Mann und Frau.

### **Grundsätzliches**

21 Wir stellen den Artikel 6 des Grundgesetzes heraus, welcher die Ehe unter den besonderen  
22 Schutz des Staates stellt. Die Ehe sollte außerdem das Leitbild in den Medien und der  
23 Erziehung sein. Sie definiert sich als Keimzelle unserer Gesellschaft, in der Mann und Frau für  
24 sich selbst und gegebenenfalls Kinder Verantwortung übernehmen. Wir lehnen daher jegliche  
25 Relativierung der Ehe ab und sprechen uns gegen die Gleichstellung einer Partnerschaft  
26 Gleichgeschlechtlicher mit der Ehe zwischen Mann und Frau aus.  
27 Die JU PM fordert außerdem die stärkere finanzielle Unterstützung von kinderreichen Familien  
28 und die Beibehaltung der Gleichstellung der verschiedenen Erziehungsmodelle. Die häusliche  
29 Erziehung darf nicht zur Ausnahmeerscheinung degradiert werden. Daher muss der  
30 Rentenanspruch und das Einkommen des erziehenden Elternteiles sichergestellt werden,  
31 damit eine optimale Erziehung auch zu Hause möglich ist, wovon die Gesellschaft als ganzes  
32 profitiert. Es muss dabei allerdings für beide Elternteile in jedem Fall möglich sein, arbeiten  
33 zu gehen. Gerade in unserer Region ist dies verstärkt der Fall – was die Bedeutung der  
34 Kindergärten nochmals hervorhebt.

### **Kinder**

35 Kinderlärm ist Zukunftsmusik. Wir können der demographischen Krise zwar nicht entrinnen,  
36 aber wir können die Auswirkungen für die Zukunft unseres Landes, für die Bevölkerung, für  
37 die Renten und Finanzen abmildern. Jedoch nur, wenn wir Familien mit Kindern in unserer  
38 Gesellschaft nach Kräften fördern und unterstützen. Auch müssen die Steuer- und  
39 Abgabenlasten für Familien deutlich reduziert werden. Wer einen Beitrag zum Erhalt unseres  
40 Volkes, der Sozialsysteme und des Landes leistet, der darf dafür nicht bestraft, sondern muss  
41 belohnt werden.

